

INFOTICKER

Nr. 09 | 12.03.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Ehrlich & vorurteilsfrei!

Die Leistungen der Brandenburger sollen neu
bewertet werden



**Einsatz: Gegen
Ärzttemangel S. 2**



**Protest: Für Menschen-
rechte in Tibet S. 5**



**Aufruf: Zukunftstage
in der Fraktion S. 5**

INFOTICKER

Nr. 09 | 12. März 2010

NEUE OPPOSITIONSARBEIT

- 03 Ehrliche und vorurteilsfreie Aufarbeitung!**
20 Jahre nach der Friedlichen Revolution soll die Geschichte und Leistung der Brandenburger neu bewertet werden

ABGEORDNETE IM EINSATZ

- 02 Brandenburg gehen die Landärzte aus**
Ärztlemangel gefährdet Versorgungssystem / Gesundheitsexperte Prof. Dr. Schierack vor Ort
- 05 Zivilcourage für Tibet**
Unser Abgeordneter Dieter Dombrowski brachte als Protest gegen die Menschenrechtsverletzungen Chinas die tibetische Flagge am Landtagsgebäude an.
- 05 Berufsfeld Politik - Ein Tag in unserer Fraktion**
An den zeitgleich stattfindenden Aktionstagen „Girls Day Mädchen Zukunftstag“ und „Zukunftstag für Mädchen und Jungen in Brandenburg“ können Jugendliche die Politik im Alltag live erfahren. Anmeldungen sind bis zum 9. April möglich.

MAL ANDERS

- 05 „Haben Sie schon gehört, dass ...?“**
Am Samstag setzen wir unsere Aufklärungsreihe zu „Reden und Realität“ der rot-roten Regierungskoalition fort. Sehen Sie im INFOTICKER exklusiv schon jetzt, wie die neue Anzeige lautet.

Fragen, Anregungen, Meinungen?

Hier sind sie herzlich willkommen! Telefonieren, faxen oder mailen Sie mit uns und sagen Sie uns, was Sie bewegt.

Kontakt:

CDU-Fraktion
Pressestelle
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1450
Fax: 0331 / 966 1407
E-Mail: pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de

Oder besuchen Sie uns im Internet auf unserer Homepage
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Sie möchten unseren INFOTICKER abonnieren? Dann klicken Sie hier!



Brandenburg gehen die Landärzte aus

Ärztemangel gefährdet das Versorgungssystem / Gesundheitsexperte Prof. Dr. Schierack vor Ort

Hier kämpfen wir für Bürger!

Immer mehr Brandenburger Landärzte gehen in den Ruhestand, der Nachwuchs will lieber in die Stadt. Unsere Abgeordneten kämpfen für eine stabile Gesundheitsversorgung vor Ort.

Mit viel persönlichem Einsatz unserer Abgeordneten konnten in bestimmten Regionen wie beispielsweise im südlichen Oberspreewald-Lausitz-Landkreis Ärzte für die Eröffnung einer Praxis gewonnen werden. Dennoch bleiben diese Erfolgsbeispiele Einzelfälle. Den Landregionen in Brandenburg gehen langsam aber sicher die Ärzte aus. Ursache für den Medizinerschwund ist häufig der Eintritt in den Ruhestand. Brandenburgs Landärzte befinden sich bildlich gesprochen im besten Alter. Nachwuchs ist rar, denn der will lieber in die Stadt oder wandert gleich ganz in andere Bundesländer oder das Ausland ab.

Unsere CDU-Fraktion brachte in der letzten Landtagssitzung einen Antrag ein, mit dem wir ein Anreizsystem für Medizinstudenten in Brandenburg schaffen wollten. Die angehenden Ärzte sollten ein Zusatzstipendium erhalten und sich dafür im Gegenzug verpflichten, für eine bestimmte längere Zeit als Arzt in einer ländlichen



Region zu praktizieren. Die Idee dahinter: Durch ihre Arbeit sollten die jungen Ärzte mit der Region „zusammenwachsen“, einen Lebensmittelpunkt bekommen und sesshaft werden.

Unser Vorschlag wäre ein Teilstück in einem dringend benötigten Lösungs-



konzept gewesen, um den Ärztemangel in Brandenburgs Landregionen entgegen zu wirken. Doch die Landesregierung sah nur „rot“. Mit einer Mehrheit von SPD und LINKE wurde unser Antrag, entgegen der Interessen von Bürgern, abgelehnt.

Unser Wissenschafts- und Gesundheitspolitischer Sprecher Prof. Dr. Michael Schierack, selbst praktizierender Arzt in Cottbus, besuchte nun auf Einladung seines Fraktionskollegen Gordon Hoffmann die Prignitz im nördlichen Brandenburg. Mit seinem Besuch wollte sich Schierack, ein persönliches Bild von der Gesundheitsfürsorge in der Region machen.

Eine Station der beiden Landespolitiker war die KMG Klinik in Pritzwalk. Zusammen mit Verwaltungsdirektor Martin Kruse und Vertretern der Geschäftsführung wurde die Lage der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum diskutiert. Gesundheitsexperte Schierack zeigte sich beeindruckt vom Engagement der KMG Gruppe, auch in dünn besiedelten Gegenden wie der Prignitz, eine hochwertige und am Patienten orientierte Versorgung sicherzustellen.



Deutlich wurde im Gespräch aber auch: Ähnlich wie überall im Flächenland Brandenburg hat auch die Prignitz mit

Problemen bei der Ge-

sundheitsversorgung zu kämpfen. „Das Ausscheiden von Haus- und Fachärzten in der Region, die nicht durch nachrückende Mediziner besetzt werden, ist ein Problem, dem sich die Landesregierung stellen muss“, erklärte Schierack. Beim anschließenden Besuch der Krankenpflegeschule der KMG zeigte sich, dass es auch an Medizinpädagogen mangelt. „Das spielt natürlich für die zukünftige Ausbildung von medizinisch- und pflegerischen Fachpersonal eine wichtige Rolle“, so Michael Schierack. Er nahm viele Anregungen und Vorschläge der Gesundheitsfürsorger mit, die in seine Arbeit im Landtag miteinfließen werden. *red/cs*



Zusatzstipendium für Medizinstudenten in Brandenburg weiterhin auf Tagsordnung

Das Zusatzstipendium für Medizinstudenten in Brandenburg soll weiter auf der Tagesordnung bleiben. Darauf verständigten sich die Mitglieder unse-

res Fraktionsarbeitskreises II „Soziales, Familie, Gesundheit, Wissenschaft, Arbeit und Bildung“ während ihrer Klausurtagung am Dienstag. Deshalb

soll ein Haushaltsantrag eingebracht werden, der eine Bereitstellung von Finanzmitteln im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur vorsieht. *cs*

Ehrliche und vorurteilsfreie Aufarbeitung!

20 Jahre nach der Friedlichen Revolution soll die Geschichte und Leistung der Brandenburger neu bewertet werden



Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten diese Woche die CDU-, Grüne- und FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg der Öffentlichkeit ihren gemeinsamen Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ vor.

Nach zwei Jahrzehnten Übergang von der SED-Diktatur zu einem demokratischen Staat sei es notwendig zu prüfen, ob der Prozess der demokratischen Willensbildung in Brandenburg erfolgreich war. Gab und gibt es Fehlentwicklungen, die zu korrigieren sind? Diese und andere Fragen soll eine siebenköpfige Kommission mit zusätzlicher Unterstützung von externen Fachleuten in den nächsten zwei Jahren klären.

Diskussionen um die Aufarbeitung der SED-Diktatur haben in der jüngsten Zeit die Frage aufgeworfen, ob es in diesem Prozess Versäumnisse gegeben haben könnte. Die Kommission

soll mit der Hilfe von Experten eine politisch-historische Erörterung des Neuanfangs im Land Brandenburg leisten, den Aufarbeitungsprozess fördern und Vorschläge unterbreiten, welche Akzente zukünftig für die weitere Entwicklung des Landes und die Aufarbeitung der Geschichte und von Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg zu setzen sind. Welche Fragen bei der Aufarbeitung konkret untersucht werden sollen, können Sie hier im Originalantrag nachlesen.

Die Stimmenanzahl der Oppositionsparteien reicht bereits aus, um die Kommission einzusetzen. „Wenn wir glaubhaft sein wollen, sollten wir auch in der Lage sein, alle relevanten Themenbereiche ohne Tabus und Vorurteile ansprechen zu können“, bekräftigte CDU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Johanna Wanka den Sinn der Kommission. „Wir wollen feststellen, wie in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit dem Übergangsprozess

umge-
gangen

wurde“, sagte Wanka weiter. Die CDU-Fraktionsvorsitzende bedauerte, dass die Aufarbeitung bisher auf die Stasi-aufarbeitung reduziert gewesen sei. „Die Brandenburger sind für das Thema sensibilisiert und erwarten berechtigter Weise eine ehrliche Aufarbeitung.

Mit der Kommission soll deshalb auch geklärt werden, warum ein offener Umgang mit der Vergangenheit bisher nicht möglich gewesen ist“, er-



IHRE MEINUNG

Die Leistungen, Erfolge, aber auch Rückschläge der über zweieinhalb Millionen Brandenburger verdienen eine vorurteilsfreie Würdigung und Neubewertung. Von Brandenburger zu Brandenburger: Wie offen sind wir bisher mit der Geschichte unseres Landes umgegangen? Brauchen wir überhaupt eine Enquete-Kommission? Was ist unsere Aufgabe für die Zukunft? Schreiben Sie uns! Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der ersten Seite. Ausgewählte Kommentare veröffentlichen wir im nächsten INFOTICKER.



1



Bevor der Antrag der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat sich unsere Fraktion mit den anderen Oppositionsparteien in einer gemeinsamen Fraktionssitzung beraten (4). Danach stellten die Vorsitzenden der Oppositionsfractionen (v.l.n.r. Axel Vogel, Bündnis 90/Grüne; Prof. Dr. Johanna Wanka, CDU; Hans-Peter Goetz, FDP) ihren Antrag in einer Pressekonferenz den Journalisten vor (1-3).

Der Antrag zum Nachlesen

Auf unserer Internetseite www.cdu-fraktion-brandenburg.de können Sie alle in der aktuellen Wahlperiode bisher eingebrachten Anträge sowie Anfragen und Gesetzentwürfe von der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg nachschlagen. Auch den Antrag zur Enquete-Kommission finden Sie dort, oder direkt hier. Haben Sie Fragen zu einzelnen Anfragen oder möchten Sie gern Hintergrundinformationen erfahren? Dann nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf! Wir freuen uns über Ihre Nachricht und helfen Ihnen gern weiter. cs



3



4

Zivilcourage für Tibet

In dieser Woche jährte sich zum 51. Mal der Tag der Niederschlagung des Volksaufstandes in Tibet durch die chinesische Volksbefreiungsarmee und der damit verbundenen Vertreibung des Dalai Lama ins indische Exil.

Unser Abgeordneter Dieter Dombrowski hat deshalb aus einem Fenster im Landtag in Potsdam die tibetische Flagge gehängt und die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen in China angeprangert. Der Protest ist Teil einer deutschlandweiten Solidaritätsaktion der „Tibet Initiative Deutschland e.V.“.

„Die Niederschlagung des Volksaufstandes, der damit erzwungene Gang des Dalai Lama ins indische Exil und die andauernde Vertreibung der Tibeter aus ihrem Heimatland sind schwere Menschenrechtsverletzungen der Volksrepublik China“, begründete



Dombrowski seinen Protest. „Auch wenn die Volksrepublik China ein wichtiger Handelspartner ist, muss

die Brandenburgische Landesregierung dennoch bei politischen und wirtschaftlichen Kontakten mit Vertretern der Volksrepublik China in geeigneter Weise auf diese gravierenden Menschenrechtsverletzungen hinweisen“, forderte der Abgeordnete. *red/cs*



Berufsfeld Politik - Ein Tag in unserer Fraktion

Am 22. April starten in Brandenburg wieder zeitgleich der „Girls Day Mädchen-Zukunftstag“ und der „Zukunftstag für Mädchen und Jungen in Brandenburg“.

Auch die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg macht mit und bietet interessierten Mädchen und Jungen die Möglichkeit, in Potsdam einen Tag lang in das Berufsbild einer/ eines wissenschaftlichen Mitarbeiterin / Mitarbeiters hineinzuschlüpfen.



Dazu gehören das Kennenlernen der parlamentarischen Abläufe und der Arbeit der CDU-Fraktion, Einblicke in verschiedene politische Themenbereiche, Besuch von Ausschüssen und Arbeitskreissitzungen, Gespräche mit

den Fachreferenten über ihr tägliches Aufgabenfeld und das Treffen mit Abgeordneten. Praxisnah und abwechslungsreich lernen die Mädchen und Jungen am „Girls Day“ und „Zukunftstag“ in der

CDU-Landtagsfraktion Führungskräfte aus dem Bereich der Politik kennen. In der Regel erfolgt für den Tag eine Freistellung vom Unterricht.

Alle interessierten Mädchen und Jungen können sich bis zum 9. April im Bürgerbüro des jeweiligen Abgeordneten oder bei der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg

telefonisch (0331 966 1450) oder per E-Mail (pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de) anmelden. Ansprechpartnerin ist Christin Schulz. cs



Haben Sie schon gehört, dass ...

... am Samstag in den Medien der nächste Teil unserer Anzeigenreihe „Reden und Realität“ erscheint?

Als Leser des INFOTICKER sehen Sie **exklusiv schon jetzt** die nächste Anzeige! Mit der politischen Aufklärungsreihe wollen wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf den Unterschied zwischen Reden und der Realität im Handeln der rot-roten Landesregierung aufmerksam machen.

Haben auch Sie den Unterschied entdeckt? Dann schreiben Sie uns! Wir freuen uns über Ihre Zuschrift. *cs*

Reden & Realität

- Folge 2 -

Koalitionsvertrag:

Die Koalition stellt 40 Mio. Euro bereit, um 8.000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

(Das reicht gerade, um jedem Beschäftigten 83 Euro im Monat zu zahlen. Den „Rest“ von mehr als 500 Mio. Euro sollen Bund und Kommunen bezahlen.)

Günter Baaske, 2007:

„In Brandenburg haben wir seit der Wende, seit dem Jahr 1991, für öffentlich geförderte Beschäftigung - ABM und SAM - roundabout 15 Mrd. Euro ausgegeben. Wer jetzt sagen will, dass das alles von großem Erfolg gekrönt war, ist wohl mit dem Klammerbeutel gepudert worden.“